
BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Energiewende ist unbezahlbar und wirkungslos

Zu „Ein Plan zur Rettung der Energiewende“ von Andreas Mihm (F.A.Z. vom 21. Februar): Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie feststellt, dass die Energiewende scheitern wird, „wenn wir so weitermachen“. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit ist sie bereits gescheitert: Sie ist unbezahlbar und wirkungslos. Daran ändert auch der „Plan zur Rettung der Energiewende“ nichts, den Wirtschaft und Wissenschaft jetzt vorlegen. Denn das in diesem Plan vorgeschlagene Maßnahmenpaket erfordert Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich, die zusätzlich zu den heute schon weltweit höchsten Stromkosten von den deutschen Verbrauchern getragen werden müssen. Hinzu kommen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, die im aktuellen Strompreis noch nicht enthaltenen Aufwendungen für die im Bau befindlichen und geplanten „Stromautobahnen“ von Norden nach Süden, für den Bau neuer konventioneller Ersatzkraftwerke bei Außerbetriebnahme aller Kohle- und Kernkraftwerke und für Entwicklung und Bau leistungsfähiger Energiespeicher zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit während der Dunkelflaute (keine Sonne, kein Wind) sowie die Mehrkosten von mehreren Milliarden Euro für das sogenannte Redispatching zur Netzstabilisierung bei volatiler Einspeisung der Windenergieanlagen. Kurzum: Die Strompreise werden weiter stark steigen und sich voraussichtlich bis zum Jahre 2025 verdoppeln. Wer kann das noch bezahlen? Bis heute wurde bereits 350 000 „prekären“ Haushalten wegen unbezahlter Stromrechnungen der Strom abgeklemmt. Diese Zahl wird steigen und den Befürwortern der Energiewende „politisch auf die Füße fallen“. Die stromintensiven Großunternehmen investieren schon heute überwiegend in Billigstromländern. Auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, klagen zunehmend über steigende Stromrechnungen und über die dadurch entstehenden Wettbewerbsnachteile. Beispielhaft dafür ist der Vortrag des Familienunternehmers Christopher Grünewald (Gebr. Grünewald GmbH & Co. KG) im Oktober 2018 vor der Kohlekommission, in dem er auf die negativen finanziellen Folgen des Kohleausstiegs für sein Unternehmen hinwies. Aber auch die Versorgungssicherheit wird durch die Energiewende verschlechtert, wie zum Beispiel durch den durch die Energiewende erzwungenen totalen Umbau der Stromversorgungssysteme, durch die Engpässe in Übertragungsnetzen wegen Verzögerungen im Netzausbau und durch die weiter steigende Zahl an Windenergieanlagen mit zunehmender Volatilität bei der Netzeinspeisung. Diese Tatsachen bereiten den Übertragungs-Netzbetreibern zunehmend Probleme bei der Netzstabilisierung. Die Schwierigkeiten zeigen sich beispielhaft in den zusätzlich zu der automatischen

Netzregelung notwendigen manuellen Netzeingriffen, die seit Beginn der Energiewende dramatisch zugenommen haben. Wegen der Komplexität des europäischen Stromverbundsystems wird das Betriebspersonal der Übertragungs-Netzbetreiber zunehmend physisch und psychisch überfordert. Wie wird das erst nach den geplanten Außerbetriebnahmen der Kohle- und Kernkraftwerke? Denn bereits heute bestehen, insbesondere in Süddeutschland, Defizite an gesicherter Kraftwerksleistung. Fazit: Durch den ungebremsten Fortgang der Energiewende werden flächendeckende Stromausfälle mit den bekannten verheerenden Folgen immer wahrscheinlicher. Und welche Wirkung erzielt die unbezahlbare und die Versorgungssicherheit gefährdende deutsche Energiewende? Die CO₂-Emissionen in Deutschland haben sich trotz des Einsatzes von riesigen Milliardenbeträgen praktisch nicht verringert, und weltweit steigen sie weiter. Und das alles vor dem Hintergrund der aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen über die Ursachen des Klimawandels. Im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages vom 28. November 2018 hat der namhafte Klimaforscher Professor Dr. Nir Shaviv, Hebrew University of Jerusalem, dargestellt, dass es keinen wissenschaftlichen Beweis für die anthropogenen Ursachen des Klimawandels gibt. Hier besteht noch dringender Forschungsbedarf, bevor weitere Milliarden in den bisher wirkungslosen Klimaschutz investiert werden. *Dr. Herbert Tröscher, Stuttgart*